

Re-Kommunalisierung der Versorgung

Der schwere Weg zurück

„Kommunen bedauern Privatisierung“, „Gemeinden wollen politischen Einfluss zurück“, „Reue über verlorenes Vermögen“, so oder ähnlich lauten viele Schlagzeilen in Deutschland. Städte und Gemeinden versuchen sich inzwischen zurückzuholen, was sie einst teilweise lautstark mit großen Versprechungen verkauft haben.



Im laufenden Kommunalwahlkampf wirbt in Braunschweig die Linkspartei konsequent für Re-Kommunalisierung, nicht nur von BS|ENERGY. Abb.: Die Linke

Der ideologiegeprägte neoliberale Trend war nicht aufzuhalten, versprach er doch Schuldenfreiheit ohne Verzicht – oder: Sünde ohne Reue. In Wirklichkeit wusste jeder, es muss alles bezahlt werden. Und bezahlen muss immer der Bürger! In Braunschweig unter der Ratsmehrheit von CDU/FDP und des Oberbürgermeisters (OB) Hoffmann heißt es bis heute: „Vorwärts in die Vergangenheit“. Die letzte Teilprivatisierung (Schulen und Kitas) liegt gerade erst mal wenige Monate zurück.

„Gute Regulierung ist die Voraussetzung für erfolgreiche Privatisierung“, meint Ernst Ulrich von Weizsäcker. Aus ordnungspolitischer Sicht dürfen bei Privatisierungen des-

halb staatliche Monopole nicht einfach durch private Monopole ersetzt werden. Vielmehr muss der Staat für einen funktionierenden Wettbewerb sorgen.

Alles für das (private) Monopol

Ist das in Braunschweig geschehen? Nein! Schwer haben sich CDU/FDP und OB Hoffmann an dieser Grundbedingung der Marktwirtschaft versündigt. Private Monopole sind in Braunschweig entstanden. Von Wettbewerb und Transparenz kann bei Wasser und Abwasser, Fernwärme und Abfall in Braunschweig keine Rede sein. Wenn Marktwirtschaft und Demokratie zusammengehören,

dann haben in Braunschweig OB Hoffmann und CDU/FDP einen grundlegenden Demokratieverlust zu verantworten.

Seit Jahren ist ein deutlicher Trend zur Re-Kommunalisierung, also eine Rückführung des ehemals an „Private“ verkauften Eigentums in kommunale Hand zu beobachten. Immer mehr Kommunen prüfen derzeit, die Versorgung von Energie, Wasser, Abfall wieder selber zu organisieren. Im „Bundesanzeiger“ wurde 2009 das Auslaufen von mehr als 700 Konzessionsverträgen angezeigt. Zwischen 2011 und 2015 laufen bundesweit etwa 1.000 Konzessionsverträge aus.

Bei vielen Energieversorgungsunternehmen wird auch über eine Aufstockung der kommunalen Anteile (in Braunschweig 25,1 Prozent) oder einen Rückkauf der privaten Anteile nachgedacht, so bei der Drewag in Dresden, Gasag in Berlin, in Stuttgart und Bielefeld.

Ziele und Vorteile der Re-Kommunalisierung

Ursachen der Re-Kommunalisierung sind Veränderungen und sinkende Erträge aus Marktanteilsverlusten durch verschärften Wettbewerb am Energiemarkt. Es kann auch die Unzufriedenheit mit dem Versorger sein, falls ein Energieversorger wie Veolia in Braunschweig mit Atomstrom handelt.

Als häufigstes Re-Kommunalisierungsziel wird mit 61 Prozent die „Wahrung des kommunalen Einflusses“ angegeben (Stadtwerke-Studie des finanzwissenschaftlichen Lehrstuhls der Universität Leipzig). Ein weiterer Gesichtspunkt ist das Kommunale Infrastruktur-Management (KIM). Es integriert die kommunalen Infrastrukturen rund um die Straßenoberfläche: Straßen, Wege, leitungsgebundene Energie, Wasser, Beleuchtung, Kommunikation ... Es überträgt das Prinzip des Facility Managements im Hochbau auf den Tiefbau. Hier besteht großes Synergiepotential, das Kommunen zukünftig nutzen können.

Auch der finanzielle Aspekt spielt eine wichtige Rolle. Die erwirtschafteten Überschüsse bleiben in den Kommunen, kommen den städtischen Haushalten zugute und stehen für kommunale Investitionen zur Verfügung. Daneben profitiert die lokale Wirtschaft durch Aufträge und damit auch durch Sicherung der Arbeitsplätze vor Ort. Zusätzlich wollen immer mehr Kommunen wieder inhaltlich Einfluss auf die Versorgung in Bezug auf wirtschafts- und umweltpolitische Zielsetzungen nehmen. Die Frage lautet also zunehmend: Warum sollen die „Privaten“ die Gewinne einstecken und irgendwo investieren oder für ihren Mehrwert an der Börse sorgen? Die Wertschöpfung kann doch auch in der Region bleiben und sie damit wirtschaftlich stärken.

Kommunale Daseinsvorsorge dem internationalen Börsenspiel auszusetzen, so wird insbesondere aufgrund der Finanzkrise zunehmend erkannt, ist nur verständlich, wenn aus Rathäusern Spielhöllen gemacht werden.

Beispiele

Etwa 40 kommunale Stadtwerke sind derzeit neu in Planung oder wurden bereits gegründet. Deutlich wird das an der Gründung des kommunalen Energieversorgungsunternehmens „Hamburg Energie GmbH“. Sie erfolgt, um verloren gegangenen energiepolitischen Einfluss, der an Vattenfall abgegeben wurde, zurückzugewinnen. Der Hamburger Steuerzahlerbund unterstützt die Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“.

Der Rückkauf der kommunalen Anteile an der Thüga AG ist bereits abgeschlossen. Die Integra-Konsorten aus Hannover, Frankfurt

und Nürnberg haben je 20,75 Prozent der Thüga-Anteile übernommen. KOM9, ein Zusammenschluss von ungefähr 50 kommunalen Stadtwerken, hat 37,75 Prozent erworben.

Die Stadt Stuttgart will das gesamte Wassernetz spätestens zum 1. Januar 2014 vollständig übernehmen. In Freiburg wurde die Reinigung von Gebäuden in die Kommune zurückgeholt. Die Stadt Potsdam hat ihre zuvor teilprivatisierten Unternehmen zurückgekauft. Bochum und Dortmund haben zusammen den Konzern „Gelsenwasser“ zurückerworben. In Berlin will Vattenfall den 31,6-Prozent-Anteil an der Gasag verkaufen. Die rot-rote Koalition denkt daher darüber nach, diese Anteile an der Gasag zu übernehmen und ein eigenes Stadtwerk für Berlin zu gründen.

Ebenso ist der mecklenburgische Energieversorger Wemag demnächst mehrheitlich in der Hand von Städten und Gemeinden. Der kommunale Anteilseignerverband stimmte mit der nötigen Zweidrittelmehrheit der Übernahme von 80 Prozent der Anteile des Unternehmens zu. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Voraussetzungen und Erfolgsfaktoren

Um eine Re-Kommunalisierung erfolgreich umzusetzen, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein. Formale Bedingungen nach § 46 EnWG (Energie-Wirtschaftsgesetz), nämlich die Veröffentlichung des Ablaufens der Verträge müssen erfüllt sein.

Notwendig sind eine Vision für die Re-Kommunalisierung sowie klare Ziele und Strategien und eine unternehmerische Posi-

tion der Kommune sowie Einigkeit der Entscheider in Politik und Verwaltung zum Vorgehen bei der Re-Kommunalisierung. Weiterhin ist erforderlich, dass die Entscheidungen der Gremien bei einer Re-Kommunalisierung nicht rein kommunalpolitisch, sondern von unternehmerischem Denken und betriebswirtschaftlichen Kriterien geprägt sind.

Kommunen sollten trotz der Brisanz des Themas die Chancen und Risiken einer Re-Kommunalisierung von Versorgungsaufgaben sorgfältig abwägen, dabei aber auch den Aufwand der Übernahme von Energieversorgungsnetzen oder der Gründung von Stadtwerken nicht unterschätzen.

Uwe Meier

Webtipps



„ReKommunalisierung – ohne Netz mit doppeltem Boden“ von Sven Becker heißt ein PDF-Dokument mit vielen Beispielen zur Rückführung privatisierter Firmen in Kommunalbesitz. Es zeigt unter anderem anhand von grafischen Darstellungen und Berechnungen mögliche Wege dazu:

www.derneuekaemmerer.de/veranstaltungen/pdf/oufs2010/Rekommunalisierung.pdf

Ein ausführlicher Leitfaden der Linken zur Re-Kommunalisierung findet sich auf: www.praxisphilosophie.de/rekommunalisierung.pdf

